

# Kritische Fragen zu G8 und dem Hafen

## CÄCILIENSCHULE Schüler diskutierten mit Landtagsabgeordneten – Forderung nach Kontinuität



In der Aula der Cäcilien Schule diskutierten Landtagspolitiker mit Schülern aus den Jahrgängen 10, 11 und 12 so- wie Lehrern. Das Bild zeigt (vorne, von links) Björn Försterling (FDP), Politiklehrer Rolf Körperich, Holger Ansmann (SPD), Susanne Menge (Grüne), Schulleiter Günter Barkam sowie Kai Seefried (CDU). WZ-FOTO: LÜBBE

Schüler fühlen sich als Versuchskaninchen der Schulpolitik. Die Verlängerung der Schulzeit ist aber nicht die einzige Entscheidung, die sie in Zweifel ziehen.

VON URSULA GROSSE BOCKHORN

**WILHELMSHAVEN** – Natürlich war G 8 ein Thema. Aber bei weitem nicht das einzige, das die Gemüter erhitzte, als gestern Schüler des zehnten, elften und zwölften Jahrgangs der Cäcilien Schule mit Vertretern der vier Landtagsfraktionen in der Aula der Schule diskutierten.

Seit 25 Jahren besuchen Jahr für Jahr Schüler des katholischen Gymnasiums den Landtag in Hannover. Da dabei aber nie genug Zeit ist, die Fragen der Schüler zu beantworten, ist es mittlerweile auch Tradition, das Gespräch in der Schule fortzusetzen. Und da von vornherein neben der Bildungspolitik auch Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und regionale Themen auf der Themen-Wunschliste standen, waren Politiker mit unterschiedlichen Schwerpunkten der Einladung gefolgt: neben „Lokalmatador“ Holger Ansmann (SPD), Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration, die Oldenburgerin Susanne Menge, Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen für Verkehr, Häfen und Schifffahrt, Kai Seefried, schulpolitischer Sprecher der CDU, und Björn Försterling, Fachmann der FDP-Fraktion für Bildung und Jugend.

Seine Schüler fühlten sich als Versuchskaninchen, brachte Schulleiter Günter Barkam die Stimmungslage auf den Punkt, als er die vom Kultusministerium angekündigte Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren Gymnasium (G 9) ansprach. Die Politiker machten allerdings deutlich, dass die Landtagsfraktionen in dieser Frage Druck gemacht hätten – und dass ebenso wie seinerzeit bei der Verkürzung der Schulzeit jetzt wiederum die Wirtschaft entscheidenden Einfluss ausgeübt habe. Damals sei nach jüngeren Berufseinsteigern gerufen worden, jetzt werde über mangelnde Reife der Absolventen geklagt. Inzwischen, so CDU-Politiker Seefried, sei die Wehrpflicht abgeschafft, das Studium reformiert. Und da inzwischen auch andere Bundesländer auf dem Weg zurück zu G9 seien, falle auch die Vergleichbarkeit zwischen den Bundesländern nicht mehr zugunsten der kürzeren Schulzeit ins Gewicht.

Sein FDP-Kollege Björn Försterling sprach von einem Scheitern von G8 in Niedersachsen als Folge der „miserablen Einführung“ – 2004/2005 unter Regierungsverantwortung CDU und FDP. Hatten Schüler ebenso wie Barkam G8 als machbar bezeichnet, verwies der FDP-Politiker darauf, dass ein Viertel der Schüler auf der Strecke geblieben oder auf berufliche Gymnasien ausgewichen seien. Mit Korrekturen im Detail sei es nicht mehr getan.

Susanne Menge, selbst Gymnasiallehrerin, betonte die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform. Wie Holger Ansmann zeigten aber auch die anderen Politiker Verständnis für den Wunsch von Lehrern und Schülern nach Kontinuität in der Schulpolitik.

Ansmann und Menge mussten sich auch dem Ärger über die Arbeitszeitverlängerung für derzeitige Gymnasiallehrer einerseits und die Aussicht auf einen Einstellungsstopp für künftige Lehramtsanwärter andererseits stellen. Die Vertreter der Regierungskoalition hielten die Maßnahme jedoch als Teil des bildungspolitischen Gesamtpakets für vertretbar.

Über alle Parteigrenzen hinweg einmütig äußerten sich die Politiker zuversichtlich zu den Zukunftsaussichten des JadeWeserPorts. Die Eröffnung des Hafens sei in eine schwierige Phase geraten. Er sei aber kein Pannenhafen, hielten sie den kritischen Anmerkungen der Schüler entgegen. Auch Themen wie Pflegesätze und Rente mit 63 wurden angesprochen, konnten aber aus Zeitgründen nicht vertieft werden. Angesichts des demografischen Wandels müsse die Finanzierung neu überdacht werden, gaben die Politiker zu bedenken.

*Wilhelmshavener Zeitung 06.03.2014*